

Fraktion **direkt**

57 | 29. April 2016

Zur Lage

Wir brauchen das Freihandelsabkommen Den Schwung des Obama-Besuchs nutzen



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es war vermutlich der letzte Besuch von Barack Obama in Deutschland. Gleichwohl war diese fünfte Visite des amerikanischen Präsidenten, der Anfang nächsten Jahres aus dem Amt scheidet, in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Da ist sein Appell an Europa, nicht zu verzagen, sondern sich selbstbewusst und stolz darüber zu zeigen, was alles in den vergangenen Jahrzehnten auf dem Kontinent gelungen ist. Genau dieses Bewusstsein fehlt in der Tat so manchem in der EU, wie sich in jüngster Zeit gezeigt hat. Zum Wohle der Bürger müssen wir sorgsam mit dem Haus Europa umgehen, wir dürfen es nicht verkommen lassen. Nur wenn wir unser Haus Europa pflegen, werden wir auch weiter in der Welt geachtet werden.

Das betrifft auch unseren Wohlstand: Wir erhalten ihn nur dann, wenn die europäische Wirtschaft auf den Weltmärkten erfolgreich ist. Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA ist und bleibt ein Schlüssel dafür. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Barack Obama haben zu Recht in den vergangenen Tagen die Bedeutung von TTIP

hervorgehoben. Anders als die Kritiker wider besseres Wissen behaupten, sollen eben keine Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards abgesenkt werden. Das haben die Kanzlerin und der Präsident erneut betont.

Es gilt jetzt, den Schwung des Besuchs und der Diskussionen auf der Hannover-Messe zu nutzen. Beide Seiten müssen sich anstrengen, bis zum Jahresende die verbleibenden offenen Fragen des Abkommens zu klären. Natürlich muss ein vernünftiges Schiedsgerichts-System ausgehandelt werden. Die EU und die USA müssen gewährleisten, dass sich Unternehmen gleichberechtigt an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können.

„Mit Mut das Richtige durchsetzen“

Von dem einen oder anderen SPD-Regierungsmitglied würde ich mir ein klareres Bekenntnis zu TTIP wünschen. Die EU-Kommission braucht Rückendeckung für das Projekt. Bedenken sollten nicht in den Vordergrund geschoben werden, nur weil die Stimmung in der Partei oder jüngste Umfragen dies nahelegen. Zur Politik gehört auch der Mut, das Richtige durchzusetzen.

Die USA sind unser wichtigster Bündnispartner. Europa muss sich anstrengen, sie nicht zu verlieren. Russland, das nach alter Größe und Bedeutung strebt, wartet nur darauf.

Volker Kauder

Wir brauchen das Freihandelsabkommen	1
Die Richtung stimmt	2
Gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik gefordert	3
Besserer Schutz vor Kriminalität und Terrorismus	4
Rente muss verlässlich und generationengerecht bleiben	5
„Alle Bürger erhalten eine Antwort“	6
Zum Nutzen der Patienten	7
„Gesellschaft. Mobilität. Arbeit.“	8
Obama in Deutschland	9

Die Richtung stimmt

Keine hektischen Änderungen am Rentensystem – Private Vorsorge gehört dazu



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In den zurückliegenden Tagen und Wochen wurde viel über das Thema Rente gesprochen, wobei häufig nur Probleme aufgeworfen oder Szenarien entwickelt wurden, die die Bürger verunsichern. Es ist prinzipiell richtig, die Augen vor künftigen Entwicklungen nicht zu verschließen. Es ist auch richtig, dass die Senioren in Deutschland – erfreulicherweise – durchschnittlich immer länger leben. Aber es ist noch viel wichtiger, darauf hinzuweisen, dass es den rund 20 Millionen Rentnern im Land grundsätzlich gut geht. Zum 1. Juli dieses Jahres werden die Altersbezüge kräftig erhöht. In Westdeutschland bekommen Senioren 4,25 Prozent mehr Rente, in Ostdeutschland sogar 5,95 Prozent. Diese Zahlen sollten wir auch mal mit Freude zur Kenntnis nehmen. Gleichmaßen ist es Fakt, dass die Zahl jener Rentner, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und Grundsicherung im Alter beziehen, seit Jahren stabil bei lediglich 2,6 Prozent liegt.

In Einzelbereichen behutsam nachsteuern

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, schrittweise die Rente mit 67 einzuführen.

Diese kommt tatsächlich erst im Jahre 2030 voll zum Tragen, so dass eine kurzfristige Kurskorrektur bei diesem langfristig angelegten Konzept kaum sinnvoll ist. Es ist sicherlich möglich, wenn es kurzfristig erforderlich ist, in Einzelbereichen behutsam nachzusteuern oder Korrekturen vorzunehmen, aber die große Richtung in der deutschen Rentenpolitik kann und sollte nicht hektisch geändert werden. Wichtig ist, den Bürgern immer wieder zu sagen, dass zu einer finanziellen Absicherung im Alter

drei Säulen gehören: die gesetzliche Rente sowie eine private und eine betriebliche Vorsorge. Gerade bei der privaten Vorsorge haben wir mit der Riester-Rente, die wir bezuschussen, auch für Geringverdiener die Möglichkeit geschaffen, für das Alter vorzusorgen. Und auch die jungen Menschen, die erst in 20 oder 30 Jahren in Rente gehen, müssen frühzeitig an eine private Vorsorge denken.

Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass nur diejenigen eine auskömmliche Rente im Alter beziehen können, die tatsächlich dauerhaft Vollzeit oder nahezu Vollzeit gearbeitet haben. Denn die Altersbezüge basieren auf den Jahren der Berufstätigkeit und der Höhe des Einkommens. Wer sich über Jahre nur mit Mini-Jobs über Wasser hält, kann auch im Alter keine Wunder erwarten. Deshalb ist es gut, dass wir seit Jahren Rekordzahlen an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Deutschland zur Verfügung stellen können.

Wir sollten uns auch immer wieder daran erinnern, dass wir in dieser Legislaturperiode die Mütterrente aufgestockt haben, womit wir die Erziehungszeiten von Frauen finanziell besser berücksichtigen und ein Stück Gerechtigkeit hergestellt haben.

Wir warten jetzt den Rentenbericht der Bundesarbeitsministerin im September ab und werden uns dann als CDU/CSU erneut positionieren.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik gefordert

Koalitionsklausur befasst sich mit den Herausforderungen für Europa – Niederländischer Premier Rutte zu Gast

Der Zusammenhalt in Europa und die Bekämpfung von Fluchtursachen – das waren zwei der großen Themenblöcke, mit denen sich die Spitzen von CDU/CSU und SPD auf ihrer Koalitionsklausur in Rust in der vergangenen Woche befassten. Dabei waren sie sich einig: Die EU-Staaten müssen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik wieder zu einer gemeinsamen Linie finden. Darüber sprachen sie auch mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen. Einige davon greift das Papier „Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt in der EU sichern“ heraus, das auf der Koalitionsklausur verabschiedet wurde: Neben der Flüchtlingskrise sind das der Umgang mit der Türkei, die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, der drohende Ausstieg Großbritanniens aus der EU sowie die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Einvernehmen bestand darin, dass die EU-Außengrenzen effektiv geschützt werden müssen, um den Schleusern das Handwerk zu legen und so die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren. Recht und Gesetz müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen konsequent zur Anwendung gebracht werden.

Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise hat die Türkei für Europa eine strategische Bedeutung. Aber auch darüber hinaus ist sie privilegiertes Partner der Europäischen Union. Die 2005 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen jedoch sind ein Prozess mit offenem Ende; einen Beitrittsautomatismus gibt es nicht. Auch für die im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens vereinbarten Visaerleichterungen, die zum 1. Juli in Kraft treten sollen, muss die Türkei zuerst die Voraussetzungen erfüllen.

Die Koalitionsspitzen sprachen au-

ßerdem über die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, deren Notwendigkeit die Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern deutlich vor Augen geführt hat. Auf der Tagesordnung der EU stehen Maßnahmen gegen den

sieht man aber, dass man doch auf einen gemeinsamen Nenner kommt.“

Fluchtursachen bekämpfen

Ein weiteres Papier, das die Koalitionäre verabschiedeten, beschäftigte



Foto: Julia Nowak

Gerda Hasselfeldt und Volker Kauder begrüßen den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte

schädlichen Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten und gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien international tätiger Konzerne.

Auch für einen Verbleib Großbritanniens in der EU sprachen sich die Koalitionspolitiker aus. Sie betonten die Gemeinsamkeiten mit London in der Wirtschaftspolitik, in Fragen der Regulierung oder der besseren Rechtssetzung. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder zog eine positive Bilanz der Beratungen: „Gerade beim Thema Europa haben wir eine gemeinsame Linie. Oft denkt man, man sei so weit auseinander. Dann

sich mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Dabei geht es um die Beiträge von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und ziviler Krisenprävention. Ansatzpunkte sind u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Erstaufnahmestaaten, die Beschleunigung von Hilfsaktionen der internationalen Gemeinschaft sowie die Stärkung der internationalen Hilfsorganisationen generell. Laut Papier soll Deutschland für die skizzierten Maßnahmen verlässliche finanzielle und materielle Beiträge leisten.

Besserer Schutz vor Kriminalität und Terrorismus

Einsatzkräfte sollen gestärkt werden – Koalition setzt auf Prävention

Auf ihrer Klausurtagung in Rust haben sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen auch auf Maßnahmen zum Kampf gegen Terroristen, Sex-täter und organisierte Banden verständigt. Worum es genau ging, erklärt „Fraktion direkt“.

Was tut die Koalition gegen die steigende Zahl der Wohnungseinbrüche?

Die Koalition setzt auf Prävention. Diese ist besonders wirksam, denn rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium

einiges unternommen. So sind Reisen in Kriegsgebiete zum Zwecke einer Terrorausbildung schon strafbar. Um Extremisten an einer Rückkehr nach Deutschland zu hindern, kann ihnen der Personalausweis entzogen werden. Die Stellen bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt werden bereits um 4.000 aufgestockt. Zusätzlich soll die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste auf europäischer Ebene intensiviert werden. Die Koalition will sich dafür einsetzen, dass die EU zügig eigene Sicherheitsbehörden aufbaut. So soll ein

Terrororganisationen auf die Spur kommen. Videotechnik hilft bei der Bekämpfung von Alltagskriminalität und auch Terror. Im Bereich der Jugendkriminalität wiederum braucht es eine schnelle Reaktion von Polizei und Justiz. Das Fahrverbot sollte künftig eine mögliche Sanktion für alle Straftaten sein. Zudem will die Koalition Menschenhandel, Zwangsprostitution und Arbeitsausbeutung konsequent bestrafen.

Wie können sexuelle Übergriffe erschwert oder verhindert werden?

Sexuelle Übergriffe sind kein Kavaliersdelikt. Auf die Attacken der Silvesternacht in Köln und anderen Städten hat die große Koalition umgehend mit einer Gesetzesverschärfung reagiert: Straffällig gewordene Ausländer können nun leichter ausgewiesen werden. Aber auch grundsätzlich soll ein besserer Schutz vor sexueller Gewalt gewährleistet werden. Daher wird die Koalition Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung schließen und sexuelle Belästigung unter Strafe stellen.

Wie können Polizisten und Rettungskräfte besser geschützt werden?

Tagtäglich schützen Polizisten, Soldaten oder Rettungskräfte die Menschen in Deutschland mit großem persönlichem Einsatz. Es kann nicht sein, dass sie oft auch noch als Hassobjekte erhalten müssen.

Die Koalition will alle Helfer nachdrücklich unterstützen. So sollen Polizisten eine bessere Ausbildung bekommen und mit Body-Cams ausgerüstet werden. Darüber hinaus plant die Koalition eine Kampagne, um die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Einsatzkräften zu verbessern. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.



© animaflorea - Fotolia.com

stecken. Im November 2015 wurden bereits 30 Millionen Euro für bauliche Maßnahmen zur Eigensicherung bereitgestellt, also zehn Millionen pro Jahr. Die Summe ist in diesem Jahr bereits ausgeschöpft.

In Rust wurde vereinbart, nunmehr pro Jahr 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Um das Programm noch attraktiver für Mieter zu machen, plant die Koalition, die Mindestinvestitionsschwelle von 2.000 Euro wenn möglich zu Beginn des Jahres 2017 abzusenken.

Wie kämpft die Koalition gegen den islamistischen Terrorismus?

Im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus hat die Koalition bereits

gemeinsames europäisches Terrorabwehrzentrum sowie ein europäisches Ein- und Ausreiseregister geschaffen werden. Mindestens ebenso wichtig aber sind Präventionsmaßnahmen wie die Aufklärung über religiösen Fanatismus und die Einrichtung von Beratungsstellen für Aussteiger.

Welche weiteren Maßnahmen gegen Terror, Alltags- und Bandenkriminalität sind geplant?

Die Koalition plant beispielsweise ein Transparenzregister, das die wahren Eigentümer von Firmen offenlegen soll. Damit können Steuerhinterziehung und Geldwäsche erschwert werden. Auf diese Weise kann man kriminellen Banden ebenso wie

Rente muss verlässlich und generationengerecht bleiben

Karl Schiewerling zur Debatte über die Zukunft des Rentensystems – Risiko der Altersarmut verringern



Foto: Teamfoto Marquardt

Karl Schiewerling
Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Deutschland ist eine Debatte über die Zukunft der Rente entbrannt. Über die Facetten des Themas sprach „Fraktion direkt“ mit dem arbeits- und sozialpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling.

Herr Schiewerling, was fällt Ihnen ein, wenn Sie hören: „Die Rente ist sicher“?

Schiewerling: Dieser Slogan stammt von Norbert Blüm aus dem Jahre 1986, noch vor der deutschen Einheit – jetzt nach 30 weiteren Jahren wissen wir: In der Tat hat sich die gesetzliche Rente bewährt, und sie ist sicher. Sie hat viele Menschen zuverlässig vor Altersarmut bewahrt. Und das, obwohl die Lebenserwartung und damit die Rentenbezugsdauer stark angestiegen ist.

Der Beitrag zur Rentenversicherung liegt dennoch stabil bei 18,7 Prozent. In der Rücklage sind 33 Milliarden Euro. Wir haben mit der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren Leistungsverbesserungen eingeführt. Die Renten steigen noch in diesem Jahr um 4,25 Prozent im Westen und um 5,95 Prozent im Osten. Auch das Rentenniveau liegt höher als vor einigen Jahren gedacht.

Allerdings stehen wir vor den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und veränderten Erwerbsbiografien. Rente muss auch unter diesen Rahmenbedingungen verlässlich und generationengerecht bleiben. Änderungen müssen sorgsam bedacht und transparent gemacht werden.

Es ist klar, dass die Rente zwar ganz sicher die wichtigste Säule der Alterssicherung bleibt, aber die Menschen müssen für ein auskömmliches Einkommen im Alter verstärkt zusätzlich vorsorgen.

Private Vorsorge fürs Alter steht nicht hoch im Kurs. Was kann man dagegen tun?

Schiewerling: Das ist natürlich in der Niedrigzinsphase schwierig. Wir werden Änderungen bei den Betriebsrenten vornehmen, damit wir dort mehr Menschen auch in kleineren und mittelständischen Betrieben erreichen. Zum Beispiel sollen die Förderwege vereinfacht werden. Wir werden auch bei der Riester-Rente nachjustieren müssen. Sowohl bei der Privatvorsorge als auch bei der Betriebsrente gilt unser besonderes Augenmerk den Geringverdienern. Da das Risiko der Altersarmut gerade bei Menschen sehr hoch ist, die in keinem Pflichtversicherungssystem abgesichert sind, diskutieren wir insbesondere hier über eine Vorsorgepflicht.

Die Koalition plant noch in dieser Wahlperiode die Einführung einer Lebensleistungsrente als Mittel gegen Altersarmut. Ist das ein probates Mittel?

Schiewerling: Sie ist sicher ein Baustein zur Vermeidung von Altersarmut. Mit ihr werden unter bestimmten Voraussetzungen geringe Verdienste besser bewertet. Ähnliches kennen wir für Zeiten vor 1992 von der sogenannten Rente nach

Mindesteinkommen. Damit wurden geringe Verdienste in der Rente aufgewertet.

Allerdings hat das Modell auch Schwächen und ist nicht in jedem Fall zielgenau. Deshalb müssen wir es uns noch einmal genauer ansehen.

„Flexiblere Übergänge in die Rente schaffen“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und die Junge Union fordern, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Was halten Sie davon?

Schiewerling: Wir haben ja bereits eine Anpassung an die steigende Lebenserwartung durch die schrittweise Einführung der Rente mit 67 bis zum Jahr 2030. Auch die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren wird parallel dazu schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Das müssen wir erstmal abwarten und uns anschauen, wie die weitere Entwicklung sein wird.

Viele Menschen wollen freiwillig länger arbeiten als bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter von bald 67. Brauchen wir eine Flexibilisierung der Altersgrenze?

Schiewerling: Mit dem Abschlussbericht der Koalitionsarbeitsgruppe und den darin vorgelegten Vorschlägen für flexiblere Übergänge sind erste Schritte gemacht, die jetzt zügig umgesetzt werden müssen. Zukünftig sollen weitere Schritte folgen. Dabei soll das Augenmerk darauf gerichtet werden, dass längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus die Rente erhöht. Somit sinkt auch die Gefahr von Altersarmut.

„Alle Bürger erhalten eine Antwort“

Günter Baumann über den Petitionsausschuss des Bundestages und seine Vorteile gegenüber Online-Portalen



Foto: Laurence Chaperon

Günter Baumann
Vorsitzender der AG Petitionen der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jedes Jahr im Juni veröffentlicht der Petitionsausschuss des Bundestages seinen Jahresbericht über die Eingaben der Bürger. Ausnahmsweise debattierte der Bundestag bereits in dieser Woche vorab über eine Sammelübersicht von Petitionen, die die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen zum Thema hatten. Über Sinn und Unsinn dieser Debatte sprach „Fraktion direkt“ mit dem Vorsitzenden der AG Petitionen, Günter Baumann.

Herr Baumann, auf Antrag der Linken wurden am Freitag ausnahmsweise in einer Sammelübersicht 103 Eingaben an den Petitionsausschuss des Bundestages beraten. Warum kritisieren Sie das?

Baumann: Erstens, weil aus meiner Sicht diese Eingaben keinen größeren Stellenwert besitzen als z.B. die 14.662 anderen Eingaben, die im Jahr 2015 durch den Petitionsausschuss beschieden wurden.

Zweitens, CDU und CSU nehmen ihren Auftrag der detaillierten Einzelfallprüfung sehr ernst. Das ist im Plenum nicht möglich. Dafür besitzen wir ein gutes und umfangreiches Ausschussverfahren.

Drittens, die Debatte über die

Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen haben wir in dieser Legislaturperiode etliche Male in den dafür zuständigen Fachausschüssen geführt. Es bleibt bei dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ – dem ist nichts hinzuzufügen. Der Ansatz der Linken wird durch ständiges Wiederholen nicht besser.

Sehen Sie trotz der Kritik auch einen Mehrwert in der Debatte?

Baumann: Wir haben in der Debatte verdeutlicht, dass für die Union der Inhalt einer Eingabe entscheidend ist und nicht der Name des Petenten oder die Anzahl der Unterstützer. Der Gleichbehandlungsgrundsatz steht für uns nicht zur Disposition. Andere Fraktionen sehen das offensichtlich anders.

„Wir nehmen die Einzelfallprüfung sehr ernst“

Sie arbeiten bereits an dem Jahresbericht, der im Juni erscheint. Was treibt die Bürger derzeit besonders um?

Baumann: Ein großer Teil der Eingaben dreht sich um die Themen Lärm- und Verbraucherschutz. Viele Petenten wünschen sich auch eine Prüfung ihres Rentenbescheides, die Wiedergutmachung von Unrecht, das ihnen widerfahren ist, oder Hilfe bei Problemen mit der Gesundheitsversorgung. Gerade haben wir uns z.B. mit chronisch Kranken beschäftigt. Innovative Medikamente, die z.B. Epileptikern helfen könnten, schaffen es bei uns nicht immer auf den Markt. Hier sollten wir im Verfahren zur Bewertung von Kosten und Zusatznutzen neuartiger Medikamente mehr Flexibilität schaffen. Der Pharma-Dialog setzt dabei erste gute Signale.

Immer häufiger unterzeichnen Bürger Online-Petitionen zu Themen, die ihnen auf den Nägeln brennen. Weshalb ist es sinnvoller, sich mit seinem Anliegen an den Bundestag zu wenden?

Baumann: Weil die Petenten vom Bundestag eine Antwort erhalten. Eingaben an den Deutschen Bundestag werden garantiert angenommen, geprüft und von ihm beschieden. Diese Dreifach-Garantie unterscheidet das parlamentarische Verfahren von den Angeboten privater „Petitions-Plattformen“. Private Foren bieten die Möglichkeit der Skandalisierung – sonst bieten sie nichts. Fragen Sie mal einen Petenten, der sich an eine private Plattform gewandt hat, ob ihm im Ergebnis geholfen wurde. Die Antwort wird „Nein“ lauten. Im Jahr 2015 konnten wir im parlamentarischen Verfahren der Hälfte aller Petenten im weiteren Sinne helfen – das ist aus meiner Sicht eine echte Erfolgsbilanz.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Popularität des parlamentarischen Verfahrens weiter zu steigern?

Baumann: Wir zählen über zwei Millionen registrierte Nutzer auf der Internetseite des Petitionsausschusses. Ich kann mir vorstellen, durch ein Facelift dieser Seite das Verfahren für den User eingängiger und ansprechender zu gestalten. Der Ausschuss präsentiert sich schon heute auf Messen, um über die Tätigkeit des Petitionsausschusses zu informieren – hier können wir ggf. noch mehr Präsenz zeigen und – last but not least – würde ich mich natürlich freuen, wenn die Kolleginnen und Kollegen in ihren Wahlkreisen auf die Möglichkeit eines Petitionsverfahrens beim Deutschen Bundestag hinweisen und dafür werben würden.

Zum Nutzen der Patienten

Unionsfraktion veranstaltet Kongress über die Digitalisierung im Gesundheitswesen – Datenschutz angemahnt

Die Digitalisierung unserer Lebenswelt macht auch vor dem Gesundheitswesen nicht Halt. Neue Möglichkeiten bieten die Telemedizin und zahlreiche Onlineanwendungen – vom elektronischen Arztbrief bis hin zur Videosprechstunde. Allerdings zeigt sich, dass die Techniken der Digitalisierung in der Medizin in Deutschland deutlich seltener genutzt werden als in anderen Ländern. Auf einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag im Reichstag diskutierten Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis über Chancen und Risiken neuer Anwendungsbereiche.

Erst Anfang des Jahres ist das sogenannte E-Health-Gesetz für eine sichere digitale Kommunikation im Gesundheitswesen in Kraft getreten. Bei dem Kongress ging es nach den Worten der gesundheitspolitischen Sprecherin der Unionsfraktion, Maria Michalk, nicht zuletzt darum, dass die politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Digitalisierung stetig an die Erfordernisse der Praxis angepasst werden müssen. Fraktionschef Volker Kauder mahnte, die „unendliche Geschichte“ der elektronischen Gesundheitskarte dürfe sich nicht wiederholen. Die erheblichen Herausforderungen, die mit der Digitalisierung verbunden seien, müssten von Wirtschaft und Technik gemeistert werden.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe listete die Vorteile auf, die mit der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen verbunden sind. So könne die Gesundheitskarte im Notfall Leben retten helfen, wenn künftig wichtige Informationen über Vorerkrankungen oder Allergien auf ihr gespeichert seien. Mit der elektronischen Patientenakte ließen sich Doppeluntersuchungen oder gefährliche Wechselwirkun-



Foto: Steven Rösler

Heyo Kroemer, Hermann Gröhe und Maria Michalk auf dem Podium

gen von Medikamenten vermeiden. Und Apps könnten die Selbstständigkeit des Patienten stärken, indem sie ihm Kontrolldaten lieferten.

Gröhe und Kauder sprachen aber auch die Risiken an, die sich mit der Speicherung der höchst sensiblen Gesundheitsdaten verbinden. Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff forderte eine Begrenzung des Zugriffs auf Patientendaten. Als Gefahren nannte sie unter anderem eine Zweckentfremdung der Daten, die Profilbildung und die gesundheits-spezifische Typisierung von Menschen. Die Datenschutzbeauftragte plädierte jedoch dafür, Datenschutz nicht als Hemmnis anzusehen, sondern als Prädikatsmerkmal für digitale Gesundheitssysteme. Die „Risiken und Nebenwirkungen“ digitaler Anwendungen könne man in den Griff bekommen, wenn man verbindlich technische Standards setze.

„Daten sind nicht gleich Daten“

„Daten sind nicht gleich Daten“, gab Peter Langkafel, Geschäftsführer der

HCB Healthcubator GmbH, zu bedenken. Er warb dafür, wie in Großbritannien die Daten in grüne, gelbe und rote zu unterteilen: nämlich in solche, die man nutzen dürfe, weil man sie nicht zurückverfolgen könne, und solche, die tabu seien. Auch Urs-Vito Albrecht, stellvertretender Direktor der Medizinischen Hochschule Hannover, warnte davor, die Risiken von Gesundheitsapplikationen überzubewerten und den Nutzen zu unterschätzen.

Die Masse der Daten wird zu wenig genutzt

Dass die Masse an Daten zu wenig genutzt werde, beklagte Heyo Kroemer, Dekan der Medizinischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. So würden etwa große Datenmengen aus Routineuntersuchungen in keiner Weise systematisch analysiert. Auch private Daten enormen Ausmaßes, die von jedem Smartphone erhoben würden, lägen brach. Mit gewöhnlichen Smartphones könne man aber künftig komplette Kreislauf- oder Blutdruckprofile erstellen, für deren Auswertung kein Arzt gebraucht würde. In einer alternden Gesellschaft könne dies dem Einzelnen enorm helfen.

„Gesellschaft. Mobilität. Arbeit.“

Zukunftskongress der CDU/CSU-Fraktion – Für eine generationengerechte Politik

Deutschland geht es wirtschaftlich gut. Damit dies so bleibt, müssen die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden. Das betrifft vor allem die Bereiche Arbeit und Mobilität. Auf einem Kongress der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Deutschland 2050 – Gesellschaft. Mobilität. Arbeit“ diskutierten Politiker und Experten, wie die Herausforderungen der Globalisierung und Digitalisierung gemeistert werden können. Aufgeworfen hatten die Fragen zu Beginn des Kongresses am Mittwoch der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Steffen Bilger, und seine Stellvertreterin Emmi Zeulner.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte davor, den hohen Wohlstand von heute als selbstverständlich zu betrachten. Auf diesen gebe es keinen „Rechtsanspruch“. Deshalb müsse Deutschland bei technologischen Entwicklungen dabei sein, wenn es seine Standards wahren wolle. Sie wies auch darauf hin, dass soziale Sicherung „immer erst die Folge eines erarbeiteten Wohlstands“ sei.

In Zusammenhang mit den sozialen Sicherungssystemen sprach die Kanzlerin vor allem die Zukunft der Rente an, die derzeit in Politik und Gesellschaft heftig debattiert wird. Diese Diskussion müsse „behutsam“ geführt werden, denn das Thema sei „unglaublich sensibel“. Man könne damit viel Angst erzeugen, warnte sie.

Die Kanzlerin hielt auch ein starkes Plädoyer für ein geeintes Europa. Sie bat die jungen Generationen, die die Zeit des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus nicht mehr miterlebt haben, die Errungenschaft der Europäischen Union nicht in Frage zu stellen. Nur geeint könne Europa ein Kraftzentrum in der Welt bleiben, eine wirtschaftlich starke Wertegemeinschaft. Fraktionschef Volker Kauder warf ein: Ob Deutschland 2050 noch erfolgreich sein werde, hänge davon ab, wie es in diesem „Schicksalsjahr“ für Europa weitergehe. Auch er



Foto: Steven Rösler

Kanzlerin Merkel auf dem Zukunftskongress der Jungen Gruppe

warb für eine europäische Sichtweise: Deutschland sei keine Insel.

Hunger nach Veränderung bewahren

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt betonte, die wirtschaftliche Stärke könne nur erhalten werden, wenn sich die Gesellschaft nicht zufrieden zurücklehne. Sie müsse im Gegenteil in der Lage sein, sich neuen Herausforderungen zu stellen, „vielleicht auch unter Verzicht auf so manches Liebgewonnene“.

Wie wichtig der „Hunger nach Veränderung und Kreativität“ für künftigen Wohlstand ist, war zentrales Thema der vorausgegangenen Podiumsdiskussion. Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) beklagte „die Saturiertheit der Gesellschaft“. Manche Menschen wendeten sich gegen alles, was nach Veränderung ausschaue: „Wenn wir Hunger und Neugier auf Neues nicht mehr haben, werden wir 2050 nicht gut ausschauen.“ Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia

Klößner plädierte dafür, auch die Produktion technologischer Neuerungen in Deutschland zu erhalten. „Wir dürfen nicht nur nutzen, was aus anderen Ländern kommt, sondern müssen selbst an der Wertschöpfung teilhaben.“

Leitplanken statt Totalverbote

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion sprachen sich überwiegend für ordnungspolitische Weichenstellungen, aber gegen eine Überregulierung aus. „Wir brauchen Leitplanken, aber keine Totalverbote“, sagte der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak. Diese Rahmenbedingungen, so forderte der Präsident der Hochschule für Philosophie in München, Johannes Wallacher, müssten langfristig gelten, damit Unternehmen Planungssicherheit hätten. Für die Start-up-Branche sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes, Florian Nöll, die Regulierungen dürften kein so starkes Korsett darstellen, dass Neugründer nicht mehr in den Wettbewerb einsteigen könnten.

Obama in Deutschland

Schulterschluss in Krisenzeiten

US-Präsident Barack Obama hat mit seinem Besuch in Hannover – seinem fünften in Deutschland während seiner Amtszeit – eines in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht: Er sucht und schätzt die Zusammenarbeit mit Europa, mit Deutschland und ganz besonderes mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Abstimmung zu den aktuellen Krisen auf der Welt – sei es Syrien, Libyen oder die Ukraine – könnte enger nicht sein: ein wahrer transatlantischer Schulterschluss.

Um Obama bei der Eröffnung der weltgrößten Industriemesse, der Hannover-Messe, zu begegnen und zu erleben, sind auch mehrere Abgeordnete der Unionsfraktion in die niedersächsische Landeshauptstadt gefahren. Der außenpolitische Sprecher Jürgen Hardt zeigte sich insbesondere beeindruckt von Obamas Rede zu Europa. Der scheidende US-Präsident habe unterstrichen, dass er von Europa eine noch größere Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung erwarte – im Rahmen der NATO und bei der Bekämpfung der Fluchtursachen in Nahost und Afrika. „Die fortlaufende Erhöhung des Verteidigungsetats halte ich vor diesem Hintergrund für richtig“, sagte Hardt.

„Freihandel extrem wichtig“

In Hannover bekräftigten Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel noch einmal das gemeinsame Ziel, das große Projekt des transatlantischen Handels- und Investitionsab-



Foto: picture alliance / dpa

Präsident Obama hält seine Rede in Hannover

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|--------------|--|
| 09. Mai 2016 | Kongress 125 Jahre „Rerum Novarum“ |
| 10. Mai 2016 | Themenabend „Lehren aus der Schlacht von Verdun“ |
| 11. Mai 2016 | Kongress Luftverkehrsstandort Deutschland |

kommens TTIP bald zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Michael Fuchs, der auf der Hannover-Messe zahlreiche Gespräche mit Politikern und Unternehmen aus Ländern dies- und jenseits des Atlantiks geführt hatte, zeigte sich begeistert: „Wenn sich die mächtigste Frau und der mächtigste Mann der Welt für TTIP aussprechen und für Industrie 4.0 interessieren, dann lacht das Herz eines jeden Wirtschaftspolitikers.“ Der Freihandel sei „extrem wichtig“ für eine exportorientierte Nation wie die deutsche. Und Ver-

braucher könnten sich im Falle eines erfolgreichen Abschlusses von TTIP auf fallende Preise freuen.

Der CDU-Abgeordnete Peter Beyer, der ebenfalls in Hannover mit von der Partie war, sagte, das klare Bekenntnis von Obama zum TTIP-Verhandlungsprozess habe Kanzlerin Merkel zum richtigen Zeitpunkt den Rücken gestärkt – „gerade angesichts des erheblichen öffentlichen Widerstandes gegen das Abkommen“. Wichtig sei der Besuch des US-Präsidenten aber vor allem deshalb gewesen, „weil er zeigt, dass wir füreinander die wichtigsten strategischen Partner sind“.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusub